



Liebe Leserin, lieber Leser

Es ist schon fast banal festzustellen, dass die Welt unsicherer wird, dass verlässliche Ankerpunkte fehlen oder verschwinden, dass Machtstreben mehr denn je im Vordergrund steht.

Nach der Kündigung durch die USA wurde der INF-Vertrag mit Russland am 2. August 2019 beendet. Beide Parteien haben sich Vertragsverletzungen vorgeworfen. Er war zweifellos löchrig geworden, aber stellte trotzdem eine gewisse Hemmschwelle dar. Nichts hindert die beiden Staaten nunmehr daran, in diesem Bereich aufzurüsten, ein neues Wettrüsten ist in Sicht.

USA ist aus dem Atomabkommen mit dem Iran (UN-Resolution 2231) ausgestiegen, dieses ist damit de facto hinfällig geworden. Der Iran kann ein eigenes Nuklearwaffenarsenal fortan ungehindert anstreben, eine höhere Urananreicherung ist bereits im Gange. Nach dem Irak, Syrien, dem totgesagten Islamischen Staat, der zumindest ideologisch weiter existiert, kommt nun ein sehr potenter Machtfaktor dazu: der mittlere Osten findet keine Ruhe. Die Konsequenzen für die dortige Bevölkerung, für die Exportwirtschaft, für den Ölhandel und für die entscheidend wichtige Seestrasse nach Asien sind unabsehbar.

China und Russland zeichnen sich nicht durch übermässigen Respekt der Menschenrechte aus, Putin und besonders Xi Jinping werden sich in ihrer Machtpolitik dadurch nicht beirren lassen, demokratische Spielregeln stehen beiden nicht im Weg.

China kann dabei, weit mehr als Russland, seine wirtschaftliche Macht ausspielen. Zahlreiche «Schlüsselräume» in Afrika sind bereits besetzt, ähnliches ist auch in Europa im Gang. China könnte in einer bipolaren Welt machtpolitisch gegen die USA antreten. Die beiden Staaten sind allerdings wirtschaftlich so extrem miteinander verknüpft und gegenseitig aufeinander angewiesen, dass sie sich eine bipolare Auseinandersetzung kaum leisten können.

Russland ist nicht mehr die Sowjetunion, geschweige denn der Warschauer Pakt. Der «Satellitengürtel» hat Lager gewechselt, er spielt nun zu Gunsten der NATO. Eine Rechtfertigung für Russland in der obersten Machtpolitischen Liga stellt ausschliesslich nur noch sein nukleares Arsenal dar.

USA steht uns, als Demokratie und als wichtigster Mitgliedstaat der NATO wesentlich näher. Die Po-

litik per Strafzölle und Sanktionen – eine moderne Form von Kanonenbootpolitik? – und der von Rassismus geprägte Wahlkampf von Donald Trump sind allerdings auch nicht gerade dazu angetan, Vertrauen zu erwecken.

Die EU bleibt mehr denn je eine wirtschaftliche Hochburg, aber sie manövriert sich in meiner Beurteilung weg von ihrer machtpolitischen Position; sie verschiebt sich tendenzmässig von einem strategischen Faktor zu einem Sammelsurium von unendlichen Vorschriften und Reglementen. Das für Europa entscheidende Triumvirat Frankreich-Deutschland-Vereinigtes Königreich zerfällt. Deutschland steht innenpolitisch geschwächt da, die Zukunft der Bundeskanzlerin wird zu oft in Frage gestellt. Das Vereinigte Königreich ist ohne EU auf dieser Ebene bedeutungslos. Bleibt Frankreich; sein zentralistisches Modell ist nicht ohne weiteres dazu angetan, aus der EU wieder einen strategischen Block zu bilden. Ob die EU unter Druck als einigermaßen homogener Block auftreten kann, lässt sich kaum abschätzen.

Als Fazit kann man daraus schliessen, dass die übermächtige bipolare Bedrohung des Kalten Krieges sich kaum wiederholt. Sie wird abgelöst durch eine unübersichtliche multipolare Welt mit immer wieder neuen Allianzen, oft zwei gegen einen. Für unser Land bleibt die Bedrohung einerseits machtpolitisch multipolar, daneben wirtschaftlich diffus, versehen mit zahlreichen Partikularinteressen, durchsetzt mit einem üblen Spiel von Strafzöllen und Sanktionen. Wie im Kalten Krieg sollten wir uns mit einer bestandes- und rüstungsmässigen glaubwürdigen Armee den Rücken freihalten (die einzig realistische Strategie dazu heisst Dis-suasion), um allen anderen Bedrohungen und Gefahren begegnen zu können.

*Peter Schneider*

Peter Schneider, Chefredaktor  
peter.schneider@asmz.ch